

# Parteiprogramm der Jungen SVP des Kantons Zürich



**wir sprechen #klartext**

# Parteiprogramm

1 Sicherheit.....	0
1.1 Wir stellen fest .....	0
1.2 Wir fordern.....	0
2 Bildung.....	1
2.1 Wir stellen fest .....	1
2.1.1 Grundsätzliches .....	1
2.1.2 Volksschule.....	2
2.1.3 Kantonsschule .....	2
2.1.4 Universitäten .....	3
2.2 Wir fordern.....	3
2.2.1 Grundsätzliches .....	3
2.2.2 Volksschule.....	3
2.2.3 Kantonsschule .....	4
2.2.4 Universitäten .....	4
3 Verkehr und Infrastruktur .....	4
3.1 Wir stellen fest .....	4
3.2 Wir fordern.....	5
4 Energie und Umwelt.....	6
4.1 Wir stellen fest .....	6
5 Asyl- und Ausländerwesen .....	7
5.1 Wir stellen fest .....	7
5.2 Wir fordern.....	9
6 Gesundheitswesen .....	10
6.1 Wir stellen fest .....	10
6.2 Wir fordern.....	11
7 Sozialwesen .....	12
7.1 Wir stellen fest .....	12
7.2 Wir fordern.....	13
8 Wirtschaft und Digitalisierung.....	13
8.1 Wir stellen fest .....	13
8.2 Wir fordern.....	14
9 Finanzen und Staat .....	15
9.1 Wir stellen fest .....	15
9.2 Wir fordern.....	16
10 Aussenpolitik .....	17

10.1 Wir stellen fest .....	17
10.2 Wir fordern .....	18
11 Landwirtschaft.....	18
11.1 Wir stellen fest .....	18
11.2 Wir fordern .....	19
12 Familie und Gesellschaft.....	20
12.1 Wir stellen fest .....	20
12.2 Wir fordern.....	21

# 1 Sicherheit

## 1.1 Wir stellen fest

- Die Schweiz ist grundsätzlich ein sehr sicheres Land. Die im Kanton Zürich seit geraumer Zeit konstant ansteigende Kriminalitätsrate und das schwindende Sicherheitsgefühl, insbesondere bei Frauen und älteren Menschen, geben dennoch Anlass zur Sorge.
- Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden im öffentlichen Raum vermehrt Schlag- und Stichwaffen aufgefunden. Die Täter werden immer jünger, Sexualdelikte an Schulen sind keine Einzelfälle mehr.
- Eine rasche und effiziente Verurteilung von Straftätern wird durch mangelnde Mittel, insbesondere mangelnde personelle Ressourcen in der Strafverfolgung, verhindert. Die Behörden sind untereinander nur mangelhaft digital vernetzt.
- Unseren Sicherheitskräften, Polizei wie auch Armee, mangelt es an Personal
- Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass wir sowohl im medizinischen Bereich, wie auch bei der Energieversorgung und bei internationalen Konflikten, nicht bereit waren.

Das Augenmerk fiel immer erst dann auf diese zentralen Staatsaufgaben, nachdem eine Krise ausgebrochen war.

- Wir beobachten einen stetigen Täterschutz. Täter werden zu Opfern gemacht, während sich Opfer für ihre Opferrolle rechtfertigen müssen.
- Täter werden generell zu milde bestraft. Insbesondere bei Sexualdelikten und schweren Gewalttaten erwartet die Täter oft eine Strafe, die der Tat nicht angemessen ist. Zudem neigt die neuerliche Gerichtspraxis dazu, selbst bei schwerwiegenden Verbrechen von einem Landesverweis für die Täter abzusehen.
- Cyberkriminalität ist allgegenwärtig. Diese richtet sich gegen den Staat, Unternehmen und Bürger. Das Internet wirkt oft wie ein rechtsfreier Raum.
- Einsatzkräfte werden in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt und sehen sich zunehmend mit Gewalt und Respektlosigkeit konfrontiert.
- Immer häufiger sorgen unbewilligte und gewalttätige Demonstrationen für hohe Kosten. Gleichzeitig werden Menschen völlig rücksichtslos in ihrem Alltag eingeschränkt und ohnehin knappe personelle Ressourcen werden dadurch bei Einsatzkräften gebunden.

## 1.2 Wir fordern

- Mehr Polizeipräsenz und Polizeikontrollen in der Öffentlichkeit. Die Videoüberwachung ist an neuralgischen Punkten wertvoll, soll aber zurückhaltend angewendet werden.
- Das Tragen von verbotenen Waffen ist kein Kavaliersdelikt und muss mit Kontrollen und abschreckenden Strafen eingeschränkt werden.
- Jugendliche müssen früh über die Rechtslage informiert werden. Dies umfasst besonders den elektronischen Bereich, den Bereich der verbotenen Waffen und Sexualdelikte.

Mädchen müssen in unseren Schulen sicher sein vor Übergriffen. Bei Sexualdelikten fordern wir Nulltoleranz. Opfer müssen vor den Tätern geschützt werden. Täter sind im Zweifelsfalle in andere Bildungseinrichtungen zu verlegen.

- Die Strafverfolgung benötigt ausreichende Mittel, Bürokratie ist abzubauen. Es sind Urteile anzustreben, die möglichst kurz nach der Tat erfolgen. Es ist erwiesen, dass diese am wirkungsvollsten sind.
- Der Polizei sind genügend Mittel bereitzustellen, um einen ausreichenden Personalbestand zu erreichen. Gleichzeitig soll die Polizei von unnötiger Bürokratie befreit werden, um für Sicherheit sorgen zu können.
- Der Personalbestand der Armee muss stabilisiert werden. Abgänge in den Zivildienst nach Beginn der Rekrutenschule und insbesondere bei Kadern sind zu unterbinden. Wir stehen alternativen Dienstmodellen offen gegenüber, der Personalbestand von Armee und Zivilschutz ist dabei zu priorisieren.
- Die Vorbereitung auf Krisen muss wieder vor dem Ausbruch einer Krise geschehen. Dies ist nicht gratis; aber wir können es uns nicht leisten, im Falle einer ernsthaften Krise unvorbereitet dazustehen. Dies betrifft alle Ebenen vom einzelnen Bürger über Gemeinden und Kantone bis hin zum Bund.
- Täter sind Täter, Opfer sind Opfer. Täter müssen bestraft, Opfer geschützt werden.
- Wir begrüßen die Verschärfungen im Sexualstrafrecht, fordern aber auch entsprechende Verurteilungen. Vergewaltiger dürfen nicht mit einer Geldstrafe davonkommen. Sexualdelikte und Gewaltverbrechen sind härter zu bestrafen. Die Mindeststrafen müssen angehoben werden.
- Auch Straftaten im Internet sind Straftaten, diese müssen stärker verfolgt werden. Plattformbetreiber sind in die Pflicht zu nehmen und haben bei der Aufklärung von Straftaten Unterstützung zu leisten, wenn sie ihre Dienste in der Schweiz anbieten wollen.
- Die Kompetenzen und Fähigkeiten der Polizei, Cybercrime zu verfolgen, sollen massiv gestärkt werden. Ebenso ist die internationale Zusammenarbeit der Polizei und Cybersicherheitsbehörden zu fördern.
- Angriffe auf Polizei, Feuerwehr und Sanität sind besonders hart zu verurteilen.
- Entstehende Kosten und Schäden bei unbewilligten und gewalttätigen Demonstrationen sind den Verursachern (Veranstalter und Teilnehmer) in Rechnung zu stellen.

## **2 Bildung**

### **2.1 Wir stellen fest**

#### **2.1.1 Grundsätzliches**

Die hohe Bildungsqualität, das duale und auch später durchlässige Bildungssystem der Schweiz ist eine der wichtigsten Säulen für den Wohlstand der Schweiz und sichert jedem Einwohner gute Aufstiegschancen. Seit einigen Jahren sinkt die Bildungsqualität stetig – trotz

explodierender Kosten. Die hohe Qualität unserer Bildung zu erhalten hat für uns höchste Priorität.

- Die Akademikerquote übersteigt die Bedürfnisse der Wirtschaft. Statt einer Reduktion werden unnötige Stellen beim Staat, mit unverhältnismässig hoher Vergütung, generiert.
- Die Maturitätsquote steigt stetig bei sinkender Qualität – gleichzeitig wird die Berufslehre geschwächt.
- Die Ausgaben für die Bildung explodieren ohne positiven Effekt auf die Bildungsqualität.
- Der Bestand an Lehrpersonal wächst ca. drei Mal schneller als die Zahl der Schüler.
- Lehrpersonen müssen zu viele Ressourcen für administrative Aufgaben aufwenden.
- Es gibt einen Boom an Tagesschulen. Immer häufiger sind diese auch gegen den Willen der Eltern Pflicht.

### **2.1.2 Volksschule**

- Das Niveau in den Bereichen Lesen und Mathematik ist massiv gesunken.
- Eltern und Lehrpersonal sind zunehmend unzufrieden.
- Privatschulen schiessen wie Pilze aus dem Boden.
- Den Schulnoten wird kaum mehr eine Aussagekraft zugeschrieben, immer häufiger werden externe Tests zur Beurteilung herangezogen.
- Zwei Drittel der Lehrer erleben psychische oder physische Gewalt in ihrem Arbeitsumfeld.
- Mittels Niveau- und Altersdurchmischung wird Integration erzwungen, gute Schüler werden so gebremst, während schwache Schüler nicht mithalten können. Das Bildungsniveau wird durch die integrative Schule direkt verschlechtert.
- Griffige Disziplinar massnahmen, welche niederschwellig und schnell anwendbar sind, fehlen.
- Die politische Neutralität bei Lehrpersonal und Lehrmitteln ist nicht gewährleistet.
- Der Lehrplan 21 fasst zu viele Kompetenzen. Für Inhalte wie politische Bildung fehlt die Zeit.

### **2.1.3 Kantonsschule**

- Hochschulen und Universitäten beklagen sich über das sinkende Niveau der Abgänger der Kantonsschulen.
- Die Länder in Europa mit der höchsten Gymi-Quote haben die höchste Arbeitslosigkeit.
- Die Kantone mit der höchsten Gymi-Quote haben die höchste Arbeitslosigkeit.

## **2.1.4 Universitäten**

- Zahlreiche Fächer oder gar Studienrichtungen existieren, ohne dass ein Nutzen für die Privatwirtschaft aufgezeigt werden kann.
- Studienwechsel- und abbrüche sind an der Tagesordnung.
- Explodierende Kosten bei sinkender Qualität.
- Starke einseitige politische Einflussnahme durch Schulen und Dozenten.

## **2.2 Wir fordern**

### **2.2.1 Grundsätzliches**

- Studiengebühren sollen sich nach dem Nachwuchsbedarf in der entsprechenden Fachrichtung richten.
- Die politische und konfessionelle Neutralität ist auf allen Stufen der staatlichen Bildungseinrichtungen durchzusetzen.
- Mindestens gleich hohe Gebühren für ausländische Studierende.
- Keine Stipendien für Studenten, die keinen Schweizer Schulabschluss haben.
- Ausgaben müssen einen positiven Effekt auf die Bildungsqualität haben, andere Ausgaben sind auf das Minimum zu reduzieren.
- Kleinklassen sollen wieder eingeführt werden.
- Tagesschulen sollen angeboten werden, diese müssen aber zwingend freiwillig sein.

### **2.2.2 Volksschule**

- Grundsätzlich eine Lehrperson pro Schulzimmer.
- Schüler sollen möglichst mit Schülern auf gleichem Niveau zusammenlernen.
- Die integrative Förderung soll so weit reduziert werden, dass zu Integrierende profitieren können, ohne dass der Rest der Klasse darunter leidet.
- Lernhinderliches Verhalten soll sanktioniert werden.
- Die korrekte Rechtschreibung soll von der ersten Klasse an forciert werden.
- Deutschbuchstaben sollen wieder in Druckschrift unterrichtet werden und nicht eine Mischform (Blockschrift und Schreibschrift).
- Jegliche Gewalt gegen Lehrer ist inakzeptabel und muss empfindliche Konsequenzen haben. Dazu fordern wir:
  - o Eine unabhängige Ombudsstelle;
  - o Schulleitungen und Anstellungsbehörden müssen die Fakten anerkennen, statt diese zu bagatellisieren;
  - o Sanktionen gegen gewaltausübende Eltern und Schüler, sei diese Gewalt psychisch oder physisch.

### **2.2.3 Kantonsschule**

- Strengere Aufnahmebedingungen.
- Eventuell Höchstzahlen oder eine Regulierung der Quote durch anpassbare Einstiegshürden. Diese sollen sich an den tatsächlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren.

### **2.2.4 Universitäten**

- Streichung von Fächern oder Studienrichtungen, bei denen kein Bedarf in der Privatwirtschaft oder zur Erfüllung der Kernaufgaben des Staates besteht. Werden solche dennoch angeboten, so sind die Studiengebühren massiv zu erhöhen.
- Maximale durch den Staat finanzierte Studiendauer von zehn Jahren.
- Bremsen des Ausgabenwachstums.

## **3 Verkehr und Infrastruktur**

### **3.1 Wir stellen fest**

Die Verkehrspolitik des Kantons Zürich nimmt an Wirtschaftsschädlichkeit eine absolute Vorreiterrolle ein. Unfertig gestellte Nationalstrassen, Engpässe und Gesetzesschikanen produzieren jeden Tag Stau und Unmut in der Bevölkerung. Dadurch nimmt die Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons enorm ab. Die jetzige Verkehrspolitik ist wirtschaftsschädlich, sowie für die Verkehrsteilnehmer nervenaufreibend und mühsam.

- Durch den Ausbau des Baregg隧nels wurde der Verkehr nur an ein weiteres Nadelöhr weitergeleitet. Der Verkehr staut sich täglich am Gubristtunnel, somit hat sich die ganze Verkehrslage rund um Zürich noch mehr verschlechtert.
- Die Oberlandautobahn existiert seit Jahrzehnten lediglich auf dem Papier. Das Zürcher Oberland wächst seit Jahren und die Verkehrssituation wird immer unerträglicher.
- Der öffentliche Verkehr in Zürich stellt unbestritten ein Unikum in Europa dar. Fast nirgendwo sonst fahren so viele Busse, Trams, Züge, Schiffe, Seil- und Regionalbahnen. Auch diese Transportmittel nähern sich jedoch ihren Kapazitätsgrenzen.
- In den Städten wird politisch aktiv gegen motorisierten Individualverkehr gekämpft. Parkplätze werden immer teurer oder gleich ganz abgeschafft. Darunter leidet nicht nur die Bevölkerung, sondern auch das Gewerbe.
- Immer wieder fordern Städte und Gemeinden unnötigerweise Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen.
- Der Ausbau schneller Netzwerkverbindungen schreitet weiterhin nicht mit dem erforderlichen Tempo voran. Schnelle Glasfaser- und flächendeckende 5G-Ausbauten sind jedoch die Grundlage für den weiteren technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt.
- Baureife Infrastrukturprojekte, wie z.B. das Hardturmstadion, werden trotz mehrfacher Volksabstimmungen durch einige wenige Personen gegen den Willen der Bevölkerung blockiert.



- Wichtige Infrastrukturprojekte in allen Bereichen werden, teilweise sogar nach Volksabstimmungen (zB Hardturmstadion), durch Beschwerden und Einsprachen verzögert. Dringend benötigte Infrastruktur, insbesondere im Energie- und Verkehrsbereich, kann viel zu spät fertiggestellt werden. Dies schreckt nicht nur Investoren ab, sondern gefährdet auch unsere Versorgungssicherheit und Lebensqualität.

### **3.2 Wir fordern**

- Städtische Parkplätze müssen eine längere Gratisparkzeit beinhalten. Die Parkmöglichkeiten für den Privatverkehr müssen ausgebaut werden. Das Verbandsbeschwerderecht darf nicht jegliche wirtschaftlich notwendigen Parkplätze und Parkhäuser verhindern. Für einen grossen Teil von Gewerbetreibenden sind Parkplätze existenziell wichtig.
- Die Oberlandautobahn A15 erschliesst das Zürcher Oberland und bildet einen wichtigen Bestandteil der grossräumigen Umfahrung Zürichs. Die Schliessung der Autobahnlücke zwischen Uster-Ost und dem Kreisel Betzholz hat darum nicht nur für das Zürcher Oberland, sondern für die ganze Ostschweiz grosse Bedeutung und ist entsprechend voranzutreiben.
- Ebenfalls soll die Ostumfahrung schnellstmöglich vorangetrieben werden, welche die Verkehrsprobleme zwischen den beiden Seeseiten mittels eines Seetunnels behebt. Zudem soll die Verbindung vom Bezirk Meilen an die A1 bei Dübendorf gewährleistet werden.
- Der Privatverkehr ist für die Wirtschaft und die Gesellschaft von unermesslicher Wichtigkeit. Quersubventionierungen aus zweckgebundenen Fonds des Privatverkehrs sind daher zu unterlassen, bzw. im Falle des Strassenfonds zu stoppen. In den Ausbau und Unterhalt der Strassen ist vermehrt zu investieren, denn es fördert den flüssigen Verkehr.
- Mobilität darf nicht weiter künstlich verteuert werden. Eine erhöhte Nutzung des öffentlichen Verkehrs soll über ein attraktiveres Angebot erfolgen, nicht über Strafen für andere Verkehrsformen.
- Der Ausbau des Brüttenertunnels muss zwingend erfolgen, um den künftigen Mehrverkehr zwischen Zürich und Winterthur auch auf der Schiene abfangen zu können und die S-Bahn 2G zu ermöglichen.
- Ausbauten bei öffentlicher Infrastruktur sind bedarfsgerecht durchzuführen. Sie dürfen nicht dazu missbraucht werden, die Bevölkerung umzuerziehen.
- Mehr Menschen bedeutet auch mehr Bedürfnis nach Individualverkehr. Der Abbau der Parkplätze in der Stadt Zürich muss daher gestoppt werden und die Parkplatzanzahl anhand des Bevölkerungswachstums erhöht werden; ober- oder unterirdisch.
- Kein Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen.
- Das Beschwerderecht gehört bei öffentlicher, kritischer Infrastruktur eingeschränkt. Einsprachen gegen vom Volk abgenommene Bauprojekte sollen gar nicht möglich sein, da die höchste Instanz – das Volk – bereits entschieden hat. Das Verbandsbeschwerderecht ist abzuschaffen oder zumindest stark einzuschränken. Faktischer Rechtsmissbrauch mittels Einsprachen, welche einzig das Ziel von Verzögerungen haben, dürfen nicht mehr kostenlos sein.

- Kritische Infrastruktur, insbesondere im Verkehrs- und Energiebereich, gehört in Schweizer Besitz, um eine politische Abhängigkeit von ausländischen Akteuren wo immer zu verhindern.
- Für künftige technologische Entwicklungen ist eine starke Telekommunikationsinfrastruktur vonnöten. Wir setzen uns daher sowohl für eine breite Glasfaserabdeckung als auch für ein flächendeckendes und schnelles 5G-Netz ein.
- Maximal sauberes Wasser muss das Ziel sein: Daher sollen nicht nur die 100 grössten Abwasserreinigungsanlagen eine vierte Ausbaustufe erhalten und einen Ausbaugrad von möglichst 100% erreichen, sondern alle.

## 4 Energie und Umwelt

### 4.1 Wir stellen fest

- Die Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Die Sicherheit der Energieversorgung ist gefährdet und instabile Energiepreise sind eine Gefahr für den Mittelstand. Die bisherige Politik von Mitte-Links war unfähig, den erhöhten Strombedarf durch Bevölkerungswachstum und Elektrifizierung, den sie selbst mitverursacht haben, zu erkennen. Sie haben es gleichzeitig verpasst, diesem durch eine erhöhte inländische Stromproduktion zu begegnen. Stattdessen setzten sie auf eine Importstrategie von Atom- und Kohlestrom aus den Nachbarländern, während im Inland AKWs abgebaut werden und Wasserkraft durch jahrelange Einsparungen nicht ausgebaut werden kann. Zusätzlich müssen teure Öl- und Gaskraftwerke aufgebaut werden, um Engpässe doch noch zu verhindern.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien, wie Solar- und Windenergie, kommt für die Erreichung der Schweizer Klimaziele zu schleppend voran. Insbesondere nach der geplanten Abkehr von Kernenergie und fossilen Brennstoffen. Zusätzlich können Solar- und Windenergie niemals eine allzeit sichere Energieversorgung im Winterhalbjahr sicherstellen.
- Der Kanton Zürich erschwert die Installation von Photovoltaikanlagen durch unnötige Kosten und Bürokratie.
- Obwohl momentan kein Konzept zu einer mittel- und langfristig sicheren und bezahlbaren Energieversorgung besteht, erlassen Bundesrat und Parlament weitere Gesetze und Bestimmungen, die Strombedarf und -kosten noch weiter erhöhen.
- Die Schweiz ist in Sachen Qualität der Umwelt im internationalen Vergleich eines der Spitzenländer.
- Allein durch die jahrzehntelang hohe Einwanderung verfehlt die Schweiz ihre selbstgesteckten Klimaziele. Ohne Nettozuwanderung hätte sie, aufgrund ihres sehr stark gesunkenen pro Kopf Ausstosses von CO<sub>2</sub>, ihre Ziele erreicht.
- Statt vielmehr auf Innovation, Forschung und Entwicklung zu vertrauen, setzt die Politik bislang mehr Vorschriften, Verbote und Steuern, welche den Mittelstand, Familien und Unternehmen belasten.

## **4.2 Wir fordern**

- Die Energiestrategie 2050 muss überdacht werden. Oberste Priorität hat die Sicherstellung einer allzeit stabilen, kostengünstigen und umweltfreundlichen Energieversorgung, welche im Inland produziert wird. Diese darf nicht durch endlose Einsprachen behindert werden.
- Wir müssen aufhören, verschiedene Formen der Energieproduktion gegeneinander auszuspielen. Alle haben ihre Vor- und Nachteile und alle tragen zu einer sicheren und günstigen Versorgung bei. Die beste Lösung ist Technologieoffenheit und ein guter Mix aus verschiedenen Produktionsformen.
- Bevor neue Bestimmungen und Gesetze, welche zu einem erhöhten Stromverbrauch führen, erlassen werden, muss geklärt sein, woher dieser zusätzliche Strom kommen soll.
- Es soll wieder an Atomenergie geforscht und neue Atomkraftwerke sollen gebaut werden können. Die Schweiz und der Kanton Zürich müssen sich an der Forschung und Entwicklung der neusten Kernkraftgeneration beteiligen.
- Der Ausbau der Wasserkraft muss dringend erfolgen. Die aktuell umsetzbaren Wasserkraftprojekte sollen prioritär behandelt werden und nicht durch Einsprachen behindert werden können.
- Öffentliches Interesse an regenerativen Energien (Photovoltaik und Windkraft) ist grundsätzlich höher zu gewichten als Interessen von Ortsbild- und Denkmalpflege.
- Sämtliche Technologieverbote sind aufzuheben. Forschung und Innovation sollten ohne Einschränkungen operieren können.
- Die Lösungen für eine sichere und saubere Energieversorgung sind weder Steuern noch Verbote. Wir müssen gezielt unsere Stärken in den Bereichen von Forschung und Innovation ausspielen und neuen Technologien möglichst kleine Hürden setzen.
- Die Politik muss endlich die Zuwanderung als Treiber für mehr Ressourcen- und Stromverbrauch anerkennen und ihre Ziele darauf anpassen.
- Politik und Behörden müssen eine Strategie für einen Blackout von mindestens 2 Wochen darlegen können.

## **5 Asyl- und Ausländerwesen**

### **5.1 Wir stellen fest**

- Die Schweiz weist ein gewaltiges Bevölkerungswachstum auf, welches zu einem grossen Teil auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. Bildungseinrichtungen, Wohnungsmarkt, Strassen, ÖV und Sozialwerke können nicht mithalten und kommen an ihre Grenzen.
- Während wir dank der Zuwanderung auch dringend benötigte Fachkräfte rekrutieren können, weisen gerade Branchen, welche sich durch hohe Arbeitslosenquoten auszeichnen (wie z.B. Gastronomie und Baubranche), eine besonders hohe Zuwanderung auf. Nur gerade 20% der Zuwanderer arbeiten in einem Beruf mit Fachkräftemangel.
- Die Personenfreizügigkeit verschafft ausländischen Staatsbürgern aus der EU einen

unfairen Vorteil gegenüber nicht EU-Bürgern bei der Arbeitssuche in der Schweiz. Dank der Personenfreizügigkeit spielt Herkunft eine wichtigere Rolle als Qualifikation.

- Der Familiennachzug macht über 20% der Zuwanderung aus.
- Viele ausländische Staatsbürger beherrschen die lokale Landessprache auch nach langem Aufenthalt in der Schweiz häufig nur bruchstückhaft. Oft werden dann auch die Kinder mit unzureichenden Sprachkenntnissen in das Schulsystem eingebracht und starten nicht nur mit einem Nachteil in das Schulsystem, sondern bremsen damit auch das Vorankommen der anderen Kinder.
- Es gibt immer mehr Schulklassen, in denen ein untragbar hoher Anteil der Kinder der Unterrichtssprache nicht mächtig ist. Wir haben einen Punkt erreicht, an welchem über ein Drittel der Eltern ihre Kinder an eine andere Schule schicken wollen.
- Der durchschnittliche Zuwanderer ist über 40 Jahre alt. Dies ist für die Altersvorsorge hochproblematisch; diese ist nicht auf einen so späten Einstieg ausgelegt. Die entsprechenden Personen haben kaum eine Chance auf eine vernünftige Rente und sind schon zum Zeitpunkt der Niederlassung in der Schweiz zu Ergänzungsleistungen verdammt.
- Ausländische Staatsbürger sind bei Straftaten stark übervertreten.
- Die Zuwanderung belastet die Sozialwerke massiv. Ausgaben zwischen 33% und 40% für Soziales in einer Gemeinde sind heute der Normalfall - Geld, das andernorts fehlt.
- Die Staatsbürgerschaft wird zu leicht gewährt. Eingebürgerte haben das Recht abzustimmen und zu wählen. Folglich ist es auch zwingend notwendig, dass die Einbürgerung nur erfolgt, sofern die Fähigkeit, die entsprechenden Unterlagen zu verstehen, vorhanden ist.
- In unserem Asylsystem befinden sich viele Menschen, welche nicht an Leib und Leben bedroht sind.
- Die Schweiz gewährt auch Menschen Asyl, welche in kaum einem anderen Land Asyl erhalten würden (z.B. Eritrea).
- Gemäss Schengen-Abkommen müssen Flüchtlinge in jenem Land Asyl beantragen, in dem sie das erste Mal europäischen Boden betreten. Dies wird schlicht nicht umgesetzt.
- Die Ausschaffung von abgewiesenen Asylbewerbern funktioniert kaum - weder in andere Schengen-Staaten noch in die Herkunftsländer. Viele tauchen nach einem negativen Entscheid einfach unter.
- Die Sozialleistungen, welche Asylbewerbern zugutekommen, steuern stark, in welche Länder sich diese bewegen. Viele wollen Geld in die Heimatländer überweisen, insbesondere die Auszahlung von Bargeld ist also ein entscheidender Faktor.
- Das Verhalten und die Integrationsbemühungen während dem Asylprozess spielen kaum eine Rolle für eine unbefristete Aufenthaltsbewilligung.
- Viele Menschen im Asylprozess sind in einer Kultur und in einem Wertesystem aufgewachsen, dass mit unseren Gesetzen und Werten unvereinbar ist. Eine Abkehr davon ist für viele schwierig.

## 5.2 Wir fordern

- Die Schweiz verträgt ein Bevölkerungswachstum in dieser Intensität langfristig nicht. Wir müssen eine qualitative Zuwanderung in den Bereichen erreichen, wo diese notwendig ist.
- Die Zuwanderung in Bereichen mit hoher Arbeitslosigkeit ist zu unterbinden und insbesondere auf Berufsgruppen zu reduzieren, in denen es an inländischen Arbeitskräften mangelt. Länder wie Kanada oder Australien zeigen auf, dass dies möglich ist.
- Die Personenfreizügigkeit ist, wie es im Abkommen vorgesehen ist und vom Stimmvolk verlangt wurde, neu zu verhandeln. In Zukunft soll insbesondere die Qualifikation massgebend sein für die Zuwanderung.
- Der Familiennachzug muss auf engste Verwandte begrenzt sein und die Verwandtschaft muss eindeutig nachgewiesen sein. Der Familiennachzug wird nur gewährt, wenn die Familienmitglieder in der Schweiz versorgt werden können und eine Finanzierung vom Staat nicht notwendig ist.
- Eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung ist an Sprachkenntnisse der lokalen Landessprache zu knüpfen.
- Eltern haben dafür zu sorgen, dass ihre Kinder bei der Einschulung die Unterrichtssprache ausreichend beherrschen. Kinder, welche die Unterrichtssprache nicht beherrschen, sind in dafür vorgesehenen Klassen zu unterrichten. In Regelklassen darf der Anteil an Kindern ohne ausreichende Sprachkenntnisse einen Anteil vom 20% nicht überschreiten. Dazu ist ein standardisierter Deutschtest heranzuziehen.
- Bei einem Eintritt in den Schweizer Arbeitsmarkt ist insbesondere bei über 30-Jährigen zu prüfen, wo im Ausland bereits Beiträge in ein Altersvorsorgesystem eingezahlt wurden und wie diese in die Schweizer Altersvorsorge überführt werden können. Wenn keine Beiträge vorhanden sind, ist bei AHV und Pensionskasse einen erhöhter Sondersatz anzuwenden, um die verpassten Jahre des Einzahlens mindestens teilweise aufzuholen. Dieser Sondersatz ist mit Abstufungen für einkommensstarke Branchen einzusetzen, da es sich in diesen Branchen häufig um qualifiziertes Personal handelt.
- Ausländische Staatsbürger sind bei schweren Straftaten konsequent auszuschaffen. Der «Ausschaffungsschutz» von ausländischen Staatsbürgern mit der Niederlassungsbewilligung C ist aufzuheben. Das Interesse der Bevölkerung zum Schutz vor Straftätern ist besonders hochzugewichten.
- Ausländischen Staatsbürgern, welche längerfristig von Sozialhilfe abhängig sind, ist das Aufenthaltsrecht unter Berücksichtigung der Jahre, die gearbeitet wurden, zu entziehen.
- Einbürgerungswillige müssen mindestens ein Sprachniveau aufweisen, dass es ihnen ermöglicht, komplexe politische Dokumente zu verstehen. Nur so kann es verantwortet werden, dass diese Personen das Stimmrecht erhalten. Dass keine schweren Straftaten begangen wurden und keine Sozialhilfe bezogen wird, muss selbstverständlich sein.
- Wirtschaftsflüchtlinge sind in raschen und konsequenten Verfahren abzuweisen. Es ist zu vermeiden, dass diese in der Schweiz untertauchen. Das Schengen-Abkommen ist

umzusetzen, Flüchtende beantragen dort Asyl, wo das erste Mal europäischer Boden betreten wurde. Gegebenenfalls nimmt die Schweiz Menschen direkt aus diesen Ländern auf. Menschen, welche das Abkommen bewusst ignorieren werden nicht aufgenommen. Die Verteilung von F-Ausweisen ist einzuschränken und die Zurückführung so bald wie möglich durchzusetzen.

- Die Schweiz macht keine Alleingänge: Sie gewährt Menschen kein Asyl, welche auch in anderen europäischen Ländern keine Chance auf Asyl haben.
- Im Asylbereich werden möglichst keine liquiden Mittel ausgegeben. Die Versorgung erfolgt in Sachleistungen. Es ist zu vermeiden, dass die finanzielle Unterstützung über Geldtransfers ins Ausland fließt.
- Einmal gewährtes Asyl ist klar von einer unbefristeten Aufenthaltsbewilligung zu unterscheiden. Ist die Lage im Herkunftsland wieder sicher, sind das Verhalten im Asylprozess und die Integrationsbemühungen als Indikator zu nehmen, um über eine dauerhafte Aufenthaltsbewilligung zu befinden.
- Die Schweiz bemüht sich um Hilfe vor Ort oder in der Nähe. Es ist nicht sinnvoll, die Hilfe in der dicht bevölkerten Schweiz mit hohen Lebenskosten sicherzustellen. Mit den Gleichen finanziellen Mitteln kann vor Ort einem Vielfachen an Menschen geholfen werden. Dazu vereinfacht es den Integrationsprozess für die Betroffenen massiv.

## **6 Gesundheitswesen**

### **6.1 Wir stellen fest**

- Das Gesundheitswesen ist stark überreguliert. Einfachste marktwirtschaftliche Prinzipien werden ausser Acht gelassen, sodass der Staat zu viel Macht gegenüber Spitälern, Ärzten und anderen Leistungserbringern hat und ihnen die Arbeitsweise diktiert.
- Die Digitalisierung des Gesundheitswesens kommt nicht voran: Selbst einfache Massnahmen, die Kosten sparen würden, werden nicht umgesetzt.
- Der Leistungskatalog ist heillos veraltet. Gewisse einfache Eingriffe werden zu hoch vergütet, während andere Leistungen unterbezahlt werden.
- Unsere Krankenkassenprämien steigen jedes Jahr weiter an.
- Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen verschärft sich immer weiter. Obwohl viele Junge bereit wären, Ärzte zu werden, können diese aufgrund zu weniger Studienplätze nicht studieren, und wir sind auf den Import von Ärzten aus dem Ausland angewiesen.
- In der Patientenbetreuung werden trotz Fachkräftemangel auch einfache Tätigkeiten von sehr gut ausgebildetem Personal erledigt.
- Abtreibungen bis zur zwölften Woche sind zwar straffrei, werden aber immer noch im Strafgesetzbuch geführt.
- Die Sparanreize für Patienten sind minimal. Personen, welche tiefe Gesundheitskosten verursachen, werden viel zu wenig belohnt. Personen, welche wegen jedem

«Wehwehchen» in die Notfallstation rennen, belasten unser Notfallsystem und verursachen hohe Kosten.

- Der Konsum von weichen Drogen wie Cannabis ist nach wie vor verboten, wird jedoch weitgehend toleriert und ist gesellschaftlich immer weitergehender akzeptiert. Der Konsum ist zwar schädlich, die Risiken sind jedoch auf dem Niveau von anderen legalen Betäubungs- und Rauschmitteln. Dennoch werden Produktion, Import und Verkauf weiterhin Kriminellen überlassen.

## **6.2 Wir fordern**

- Die Digitalisierung des Gesundheitswesens: Elektronisches Patientendossier inkl. Patientenverfügung & Impfausweis führt zu weniger Bürokratie und entlastet diejenigen, die sich um die Patienten kümmern.

- Die Tätigkeiten von Fachpersonal im Gesundheitswesen sind kritisch zu hinterfragen und wo möglich von weniger spezialisiertem Personal zu erledigen, damit sich das medizinische Fachpersonal auf die Gesundheit der Patienten konzentrieren kann.

- Die Deregulierung des Gesundheitssystems: Mehr Wettbewerb unter den Krankenkassen und den privaten Leistungserbringern.

- Nicht verschreibungspflichtige Medikamente sollen auch ausserhalb von Apotheken verkauft werden dürfen.

- Die Modernisierung des Leistungskatalogs: Die Einführung des neuen Ärztekatalogs TARDOC ist zu unterstützen.

- Das medizinische Personal soll durch Bürokratieabbau und mehr Ausbildungsplätze für Medizinstudenten und Pflegefachpersonen entlastet werden. Wo möglich sollen die Arbeitsbedingungen flexibler gestaltet werden.

- Staatliche Spitäler sollen sich auf das Nötige konzentrieren und selbstständig tätige Ärzte nicht konkurrenzieren. Nur das, was von Privaten nicht oder zu wenig angeboten wird, sollen staatliche Spitäler machen können.

- Öffentliche Spitäler sollten sich insbesondere auf die Grundversorgung und hochspezialisierte Medizin konzentrieren. Eingriffe, welche problemlos von privaten durchgeführt werden können, sollten möglichst in den entsprechenden Praxen durchgeführt werden.

- Bei Medikamenten, bei denen ein Generikum existiert, soll stets das Günstigste verschrieben werden. Wünscht der Patient dennoch das teurere Präparat, muss er die Preisdifferenz selbst bezahlen.

- Die Arzneimittelzulassung erfolgt bei sämtlichen Medikamenten nach den gleichen Kriterien. Auch Komplementärarzneimittel sind auf Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit anhand einer umfassenden wissenschaftlichen Dokumentation zu prüfen.

- Personen, die wegen Bagatellen auf den Notfall rennen, sollen von den behandelnden Ärzten verpflichtet werden können, den Notfallaufenthalt selbst zu bezahlen.

- Wenn die behandelnden Ärzte und Pflegefachpersonen entscheiden, dass der Behandlungsgrund eine Bagatelle ist, sollen sie dies unkompliziert der Krankenkasse melden können, sodass diese die vollständige Rechnung stellen kann.
- Abtreibungen bis zur zwölften Woche sollen explizit aus dem Strafgesetzbuch ausgenommen werden. Da diese richtigerweise straffrei bleiben, sollten diese auch nicht im Strafgesetzbuch aufgeführt werden.
- Es sind Massnahmen zu treffen, um die psychische Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Beispiele sind Sensibilisierungen, der Ausbau des niederschweligen Angebotes und allgemein Kampagnen für mehr psychische Awareness.
- Die Bevölkerung ist über die Risiken von weichen und harten Drogen im Sinne der Prävention aufzuklären. Die Legalisierung von inländischer Produktion von Cannabis sowie Verkauf, Besitz und Konsum von Cannabis sind zu diskutieren, wenngleich die Abgabe und der Konsum zu kontrollieren sind. Der Konsum von Cannabis soll, ähnlich dem Rauchen von Zigaretten, dennoch so geregelt werden, dass die Mitmenschen so unbehelligt wie möglich bleiben.

## 7 Sozialwesen

### 7.1 Wir stellen fest

- Unsere Sozialwerke stehen finanziell schlecht da. Die dringend notwendigen Reformen werden jedoch durch die Angstmacherei von Gewerkschaften verhindert. Auch wenn die Einschnitte schmerzhaft sind, sind Kürzungen notwendig, um die Sozialwerke auch noch für die nächsten Generationen zu erhalten. Der Fokus unserer Sozialwerke muss auf die Zukunft gerichtet sein. Kurzfristiges Denken ist unsoziales Denken.
- Leider werden unsere Sozialwerke immer mehr ausgenutzt und von Schmarotzern ausgeplündert. Wirklich bedürftige Menschen hingegen werden oft unzureichend unterstützt. Arbeitsfaule Simulanten und Scheininvaliden werden durch unser System belohnt.
- Die Missbräuche, vor allem in der IV, sind katastrophal. Arbeitsfähige Menschen erhalten aus unerklärlichen Gründen eine IV-Rente. Solche laschen und auch unfairen Gesetze locken immer mehr Sozialprofiteure an und sind für den Finanzhaushalt verheerend.
- Das 3-Säulen-System der Schweizer Altersvorsorge ist stark gefährdet. Das Umlageverfahren der ersten Säule funktioniert aufgrund der Altersverteilung in der Bevölkerung längst nicht mehr. Auch die zweite Säule ist in ihrer Existenz bedroht und es besteht das Risiko, dass die jetzige Generation keine Rente aus der beruflichen Vorsorge mehr beziehen kann. Es bleibt einzig die dritte Säule, welche sich viele aufgrund der bereits sonst schon hohen Lebenskosten gar nicht mehr leisten können.
- In der Schweiz hat sich eine echte Sozialindustrie etabliert. Sozialdienstleister im Sozial- und Asylwesen nehmen die Staatskasse vor allem dank der Zuwanderung schonungslos mit völlig übersteuerten Preisansätzen aus, teilweise ohne ausgewiesenen Nutzen. Diese Firmen haben auch kaum ein Interesse an der (Wieder-) Eingliederung der Betroffenen, schliesslich verdienen sie mehr Geld mit jeder Person in den Sozialsystemen.



## **7.2 Wir fordern**

- Unsere Sozialwerke müssen nachhaltig reformiert werden. Unnötige Leistungen müssen im Interesse der nächsten Generationen abgebaut werden. Jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben zur Sanierung der Sozialwerke werden strikt abgelehnt. Strukturelle Mängel dürfen nicht mithilfe von Steuergeldern beschönigt werden.
- Die AHV und die Pensionskassen müssen so reformiert werden, dass diese langfristig finanzierbar sind. Eine Mischung aus Anpassung des Rentenalters, staatliche Finanzierung und Anpassung der Renten soll für eine möglichst schonende Finanzierung sorgen. Wenn immer mehr Menschen immer länger immer höhere Beträge benötigen, kann das System ohne solche Anpassungen nicht langfristig funktionieren.
- Die IV und die ALV müssen so orientiert sein, dass die Wiederintegration der betroffenen Person in die Berufswelt das absolute Ziel ist.
- Für einen Bürger dürfen keine Anreize bestehen, von der IV oder gar der Sozialhilfe zu leben.
- Die explodierenden Ausgaben in der Sozialhilfe müssen wieder gesenkt werden. Es dürfen einzig und allein Leute unterstützt werden, welche sich in einer finanziellen Notsituation befinden. Arbeitsfähige Leute, welche keiner Arbeit nachgehen wollen, sollen nicht unterstützt werden.
- Sozialhilfe und IV-Bezüger sind bei Missbrauchsverdacht zu kontrollieren. Unrechtmässig bezogene Beiträge sind zurückzubezahlen.
- Die Sozialhilfe soll sich an den Bemühungen der Empfänger bemessen. Wer Auflagen nicht einhält und sich nicht bemüht, auf eigenen Beinen zu stehen, soll weniger Geld erhalten. Wer sich bemüht, soll belohnt werden.
- Sozialhilfebezüger und wo möglich auch IV-Bezüger sollen der Gesellschaft etwas zurückgeben müssen. Durch Arbeit bei gemeinnützigen Einrichtungen oder durch Arbeitseinsätze in öffentlichen Einrichtungen soll ein Gegenwert erbracht werden.
- Die Sozialwerke können nicht weiter ausgebaut werden. Anliegen wie längerer Vaterschaftsurlaub oder Elternzeit sind schön, aber in einem Sozialwesen, dass in jedem Bereich überschuldet ist, einfach nicht vernünftig.
- Die an Sozialdienstleister ausbezahlten Beträge sind zu kürzen. Programme sind auf den Erfolg zu überprüfen und gegebenenfalls zu streichen.
- Sozialversicherungsleistungen, welche ins Ausland ausbezahlt werden, müssen unbedingt indexiert werden. Es darf nicht sein, dass es sich durch Leistungen unserer Sozialwerke in anderen Ländern fürstlich leben lässt.

# **8 Wirtschaft und Digitalisierung**

## **8.1 Wir stellen fest**

- Ein durchschnittliches Einkommen in der Schweiz wird zu gut 50 Prozent durch

Zwangsabgaben weggefressen. In anderen Worten: Wir arbeiten heute das halbe Jahr für den Staat!

- Die KMU sind die Stützen unserer Wirtschaft. Sie müssen von Bürokratie und unnötigen Vorschriften entlastet werden. Die KMU sind die wichtigsten Arbeitgeber unseres Landes.
- Die Schweiz hat sich in Punkto Innovationskraft in den letzten Jahren immer wieder den Spitzenplatz gesichert.
- Das Bankkundengeheimnis wird immer mehr aufgeweicht und ein direkter Datenaustausch mit anderen Ländern gefordert. Das Ziel ist klar: Linke Politiker wollen den gläsernen Bürger. internationale und kantonale Konkurrenzfähigkeit gehen mehr und mehr verloren.
- Internationale Unternehmen nehmen Schweizer Unternehmen immer mehr Aufträge ab und führen sie mit Arbeitern aus dem Ausland aus, um einen möglichst günstigen Verkaufspreis zu ergattern. Sogenanntes Price-Dumping kommt in diversen Branchen vor und hat für Schliessungen von KMU gesorgt.
- Schwarzarbeiter sind eine Gefahr für unser Lohnniveau und gefährden unsere KMUs. Selbst bei Projekten der öffentlichen Hand ist der Schutz vor Schwarzarbeit ungenügend gewährleistet.
- Immer wieder werden national und international unter verschiedenen Deckmänteln von Jugendschutz bis zum Schutz von geistigem Eigentum Anläufe genommen, um die digitale Freiheit der Bürger sowie den Schutz ihrer persönlichen Daten zu untergraben.
- Die Digitalisierung der Behörden läuft schleppend voran. Teilweise arbeiten verschiedene Behörden mit inkompatiblen Systemen gar nicht oder nur sehr ineffizient zusammen.

## **8.2 Wir fordern**

- Wir stehen für einen starken, dynamischen und erfolgreichen Wirtschaftsstandort Schweiz ein. Der wichtigste Motor der Schweiz, der Kanton Zürich, nimmt darin eine zentrale Rolle wahr. Es gilt, für den internationalen Finanz- und Wirtschaftsplatz Zürich ideale Bedingungen zu schaffen. Deshalb stehen wir vorbehaltlos ein für das Bankkundengeheimnis und für einen starken Flughafen Zürich.
- Der Wirtschaftsstandort Zürich soll seine hohe Innovationskraft auch in Zukunft erhalten und die Wirtschaft dabei unterstützen, dass innovative Projekte und Technologien möglichst in der Schweiz umgesetzt und produziert werden können.
- Der Kanton Zürich soll private wie staatliche Forschung gleichbehandeln und fördern. Insbesondere sollen private Forschung und Entwicklung in Unternehmen, wie Start-Ups, steuerlich entlastet werden.
- Wirtschaft und Gesellschaft sollten allgemein über steuerliche Entlastungen statt über Subventionen Anreize für Forschung und Innovation erhalten.
- Investitionen in nachhaltiges Wirtschaften sollen von den Steuern abgezogen werden können.

- Die Verordnungswut und die Schikanen der Bürokraten mit immer neuen Vorschriften und überflüssigen Verboten, vor allem auch für KMU, darf nicht fortgesetzt werden. Wir fordern eine radikale Durchleuchtung des Reglementdschungels und die Streichung überflüssiger Bestimmungen. Eine höhere Selbstverantwortung der Unternehmungen ist zu befürworten, gesetzlich festgeschriebene Mindestlöhne oder staatlich finanzierte bedingungslose Grundeinkommen gilt es abzulehnen.
- Firmen, denen Schwarzarbeit nachgewiesen wurde, sind von jeglichen Subventionen und Aufträgen der öffentlichen Hand auszuschliessen. Firmen mit demselben Inhaber oder Firmen, welche nur gegründet wurden, um diese Sanktionen zu umgehen, sind ebenfalls auszuschliessen.
- Dem Schutz der digitalen Freiheit und dem Datenschutz der Bürger muss hohe Priorität eingeräumt werden. Netzsperrern, Uploadfilter und Ausweisungswang im Internet sind abzulehnen. Persönliche Daten gehören dem Bürger und dürfen nicht ohne sein Einverständnis verwendet werden. Eine Verwendung für andere Zwecke, als dem Zweck wofür der Bürger die Daten angegeben hat, ist unzulässig.
- Die Digitalisierung der Behörden ist voranzutreiben und möglichst einheitlich zu gestalten. Insbesondere auch die Strafverfolgungsbehörden sollen mit kompatiblen Systemen arbeiten. Der interkantonale Datenaustausch muss möglichst effizient gestaltet werden. Bis 2030 sollen möglichst alle Behördengänge digital abgewickelt werden können.
- Der Kanton Zürich soll frühzeitig für eine hohe Cybersicherheit für Behörden, Schulen und Spitäler eintreten und Wirtschaft und Bevölkerung im individuellen Schutz vor Cyberkriminellen unterstützen.

## 9 Finanzen und Staat

### 9.1 Wir stellen fest

- Der Kanton Zürich und im Speziellen deren Verwaltung ist geprägt von einem hemmungslosen Ausgabenwachstum. Obwohl die Steuern ebenfalls stets stiegen, haben Bund, Kantone und Gemeinden die Verschuldung auf weit über 200 Milliarden Franken angehäuft. Der Staat gibt jährlich Milliarden von Franken aus, um diese entstehenden Zinsen zu tilgen. Diese egoistisch auf die alten Generationen ausgerichtete Politik widerspricht unserer Auffassung von Nachhaltigkeit. Nur eine Regierung, die an keine Zukunft mehr glaubt, handelt so rücksichtslos.
- Die Ausgaben fliessen in immer fragwürdigere Projekte und die Steuern steigen jährlich weiter. Insbesondere die versteckten Steuern, die Gebühren und die Pflichtabgaben werden durch die Verschleierungstaktik der Behörden laufend erhöht, ohne dass es auffällt.
- Der Kanton Zürich und insbesondere die grossen Städte vergrössern stetig den Staatsapparat, alles auf Kosten der Steuerzahler. Teilweise könnten die entsprechenden Aufgaben auch von Privatunternehmen ausgeführt werden.
- Die links-grüne Politik lässt sich ständig neue Steuern und Abgaben einfallen, um ihre ineffiziente und bürokratische Politik zu finanzieren, auch in wirtschaftlich guten Zeiten

gelten Schulden als hinnehmbar. Darunter leiden vor allem der Mittelstand und die Ärmeren in der Gesellschaft, die so stetig weniger Geld zu Verfügung haben.

- Der Fachkräftemangel in der Schweiz und dem Kanton Zürich ist so hoch wie niemals zuvor. Der Staat unterstützt dieses Geschehen, indem er Fachkräfte vom privaten Markt mit hohen Löhnen, unrealistischen Teuerungsausgleichen und mehr Ferien abwirbt.
- Einige staatliche Einrichtungen haben keinen ausgewiesenen Zweck und verteuern den Staatsapparat nur unnötig. Beispiele sind die Kommission gegen Rassismus, die Fachstelle für Rassismusbekämpfung, die Fachstelle für Schulbeurteilungen, diverse Gleichstellungsbüros oder die Asylrekurskommission.
- Unternehmen im Kanton Zürich sind verpflichtet, Kirchensteuer zu bezahlen. Völlig egal, ob deren Inhaber die Werte der Kirchen teilen oder gar einer komplett anderen oder keiner Religion angehören.

## **9.2 Wir fordern**

- Der Finanzhaushalt soll ausgeglichen funktionieren. Dies ohne Steuererhöhungen oder erhöhte Gebühren.
- Jegliche Steuertarife für Unternehmungen sind laufend auf internationale Konkurrenzfähigkeit zu überprüfen, sowie flexibel zu halten. Auch innerhalb der Schweiz muss sich der Kanton Zürich konkurrenzfähig halten, um mit anderen Kantonen auf einer Linie zu sein und einen interessanten Wirtschaftsstandort für nationale und internationale Unternehmen zu bleiben.
- Die Kirchensteuer für Unternehmen ist auf einer freiwilligen Basis zu entrichten, analog zu Privatpersonen.
- Der Verwaltungsapparat muss auf allen Ebenen, vom Bund über die Kantone bis zu den Gemeinden, neu überdacht und rationalisiert werden. Der Selbstgedeihtrieb der Bürokraten darf nicht toleriert werden. Aufgaben, welche von Privatunternehmen übernommen werden können, sollten möglichst der Wirtschaft überlassen werden.
- Der Kanton Zürich und die Schweiz brauchen ein gesundes Verhältnis zwischen Staatsarbeitenden und Arbeitnehmern der Privatwirtschaft. So kann es nicht sein, dass die private Wirtschaft in schlechten Jahren gezwungen ist, Stellen abzubauen und der Staat in denselben Jahren die Löhne und Pensen erhöht und somit die Wirtschaft noch stärker belastet! Es braucht ein gesundes Gleichgewicht.
- Finanzausgleiche sind zu überdenken. Institutionen wie das Opernhaus, etc. müssen dem Kanton als Beitrag angerechnet werden. Es kann nicht sein, dass die Städte ihren Einwohnern immer weitere Extras einräumen und sich diese von den Gemeinden in den Agglomerationen und auf dem Land finanzieren lassen.
- Mehrwertsteuererhöhungen sind strikte abzulehnen.
- Wir stellen uns grundsätzlich gegen neue Steuern und Abgaben – insbesondere für den Mittelstand. Die steuerliche Belastung für den Mittelstand ist zu reduzieren.

- Die Politik hat sich zuallererst auf die Finanzierung der Kernaufgaben zu fokussieren, Schulden sind nur in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und in Krisen hinnehmbar und müssen in guten Zeiten abgebaut werden.
- Im Gebühren- und Abgabenschwungel muss eine vollständige Transparenz gewährleistet sein. Wir stellen uns grundsätzlich gegen jede zusätzliche Erhebung bzw. Erhöhung von Gebühren und Abgaben. Sind Gebühren unabdingbar, sollen diese dem Verursacher- und Kostendeckungsprinzip unterstellt werden.
- Die Monopolstellung der SRG ist nicht länger tolerierbar. Die Abgabe soll anhand der Anzahl abgabepflichtiger Haushalte definiert und entsprechend des Wachstums der Anzahl Haushalte entsprechend reduziert werden. Service Public kann auch durch Private erfolgen und ist mit dem freien Markt vereinbar. Private Medien sind öffentlichen Medien gleichzustellen. Die Unterhaltungsangebote in der Schweiz und weltweit sind dermassen umfassend, dass staatlich finanzierte Unterhaltung in Radio und Fernsehen nur teuer und unnötig ist.

## **10 Aussenpolitik**

### **10.1 Wir stellen fest**

- Die Schweiz ist mit ihrer direkten Demokratie ein weltweit einzigartiges Beispiel für das bestmögliche Mitbestimmungsrecht des Volkes. Sie ist eine der ältesten, stabilsten und besten Demokratien der Welt, welche unter keinen Umständen der zentralistisch organisierten EU geopfert werden darf. Institutionen, wie die UNO oder die EU, zerstören unsere Neutralität und daher die einmalige direkte Demokratie unserer Schweiz.
- Die schweizerische humanitäre Tradition kann sich nur auf dem Boden der Neutralität optimal entfalten. Es ist kein Zufall, dass sich viele weltweit bekannte und angesehene Institutionen wie z.B. das Internationale Rote Kreuz in der Schweiz niedergelassen haben.
- Seit 2002 ist die Schweiz Vollmitglied der UNO. Somit werden auch Entscheide des Sicherheitsrates mitgetragen. Dass im Sicherheitsrat Nationen ohne jegliches Demokratieverständnis und ohne Respekt vor Menschenrechten vertreten sind und teilweise sogar Vetorechte innehaben, erachten wir als hochproblematisch. Eine Position der Schweiz in eben jenem Sicherheitsrat ist folglich ebenso kritisch zu betrachten.
- Wir sehen eine schleichende Annäherung an die EU, was uns grosse Sorge bereitet. Die EU ist ein Fehlkonstrukt, welche die Souveränität der Mitgliedstaaten teilweise stark untergräbt und ihnen die Entscheidungsgewalt in wichtigen Bereichen entzieht. Durch die ineffiziente Struktur des EU-Apparats entstehen hohe Kosten, Steuern und Abgaben, welche die Lebenshaltungskosten des Bürgers erheblich steigern und ihn somit in seiner Freiheit und seinem Handeln einschränken. Da lediglich die finanzschwachen Länder in der EU profitieren, muss sich die Schweiz hüten, weitere finanzielle Mittel, wie Kohäsionsmilliarden, zu spenden.
- Entwicklungsbeiträge und Unterstützungszahlungen an Drittstaaten sind mit Auflagen zur Unterzeichnung von Rechtshilfe- und Rücknahmeabkommen zu koppeln.
- So genanntes Soft-Law wird teilweise als nicht bindend verkauft, dennoch wird eine

Umsetzung erwartet. Hier müssen klare Verhältnisse geschaffen werden.

- Auch stellen wir fest, dass immer mehr Initiativen nicht umgesetzt werden, da oftmals internationales Recht über schweizerisches Recht gestellt wird. Unsere demokratische Verfassung muss aus unserer Sicht zwingend die oberste und wichtigste Rechtsgrundlage sein.
- Wir sehen es sehr positiv, dass das Rahmenabkommen vom Bundesrat abgelehnt worden ist und der Weg nun scheinbar über eine paketweise Erneuerung und Erweiterung der Bilateralen Verträge geht. Wir werden jedoch mit Argusaugen beobachten, dass nicht durch die Hintertür die bisherigen K.O.-Kriterien, wie Fremde Richter, die Unionsbürgerrichtlinie oder die Entkräftung von flankierenden Massnahmen eingeführt werden.

## **10.2 Wir fordern**

- Die Schweiz muss ihre Neutralität, ihre Unabhängigkeit, ihre Freiheit und die einmalige Volkssouveränität wahren und muss alles daransetzen, dass diese Werte verteidigt werden.
- Die Schweiz darf nicht mehr für eine weitere Periode im UNO-Sicherheitsrat kandidieren, um die Neutralität des Landes nicht weiter in Frage zu stellen.
- Die Schweiz darf keine einseitigen Sanktionen gegen Länder verhängen, besonders nicht solche die der eigenen Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft schaden.
- Wir lehnen einen Beitritt der Schweiz zur EU entschieden und in aller Form ab. Und dies aus guten Gründen:
  - Die Schweiz verliert ihre Neutralität und die direkte Demokratie;
  - Die Schweiz verpflichtet sich zu höheren Steuern, Gebühren und Abgaben;
  - Die Schweiz verliert an Standortattraktivität;
  - Die Schweizer Rechtssetzung wird stark eingeschränkt, fremdes Recht muss alternativlos übernommen werden.
- Internationale Verträge werden nur dann unterzeichnet, wenn für eine nachträgliche Änderung von diesen das Einverständnis der Schweizer Bevölkerung (mindestens via fakultativem Referendum) gegeben wird. Die Schweiz darf in keiner Weise dafür bestraft werden, wenn sie nachträgliche Änderungen an internationalen Verträgen ablehnt.
- Wir lehnen die Unterzeichnung von «Soft-Law»-Verträgen ab, sofern deren Umsetzung in der Schweiz nicht absolut klar und ohne spätere Anpassungen geregelt ist.

# **11 Landwirtschaft**

## **11.1 Wir stellen fest**

- Der Kanton Zürich ist ein Agrarkanton. Dass rund 40% der Fläche des Kantons landwirtschaftlich, sowie 28% forstwirtschaftlich genutzt werden, zeigt: Obwohl nicht einmal ein Prozent der Zürcher Wohnbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt ist, betrifft die Agrarpolitik uns alle.

- Unsere Bäuerinnen und Bauern produzieren nicht nur gesunde Nahrungsmittel, sie haben auch den Verfassungsauftrag, die Versorgung unseres Landes insbesondere in Krisenzeiten zu gewährleisten, ökologisch zu produzieren, die Biodiversität zu erhalten sowie unsere traditionellen Landschaften zu pflegen. Weil entsprechende Massnahmen oft mit Mehraufwand und Minderertrag verbunden sind, werden diese Leistungen zugunsten der Öffentlichkeit mit sogenannten Direktzahlungen vom Bund abgegolten. Allerdings verpflichten die jüngsten Agrarreformen die Landwirtinnen und Landwirte trotz gleichbleibenden Prämien zu einer ständig grösseren Flut an Auflagen.
- Die fortwährende Öffnung des Schweizer Marktes setzt die hiesige Landwirtschaft unter Druck, da ausländische Nahrungs- und Futtermittel trotz den meist schlechteren Produktionsbedingungen fast ohne Restriktionen importiert werden können. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind in den letzten Jahrzehnten massiv eingebrochen. Diesem Preiskampf lässt sich nur begegnen durch Vergrössern, Spezialisieren, Nebenerwerb oder Ausstieg und zeigt sich im Strukturwandel hin zu wenigen rationalisierten Grossbetrieben.
- Gleichzeitig beobachtet man steigende Lebensmittelpreise. Treibende Faktoren sind hierfür die Oligopolstellung des Detailhandels sowie die steigende Nachfrage nach hochverarbeiteten Convenience-Produkten. Immer mehr Betriebe setzen deshalb auf Direktvermarktung, damit die gesamte Wertschöpfung auf dem Hof bleibt. Leider wird ein solcher Innovationsgeist von einem unflexiblen Verwaltungsapparat und durch unzählige Vorschriften und Kontrollen massiv eingeschränkt.
- Eine sachliche Agrarpolitik fällt immer mehr ideologischem Gedankengut und einer emotionalen Stimmungsmache zum Opfer. Einerseits will man zurück zu kleinbäuerlichen Strukturen, zur zunehmenden Extensivierung und zum Verzicht auf Hilfsstoffe in der Landwirtschaft – andererseits verlangt man mehr Marktwirtschaftlichkeit und Freihandel. Dieser Spagat an Forderungen führt zu grosser Investitionsunsicherheit und Frust im Bauernstand.
- Unsere heimischen Wälder werden vielseitig genutzt. So erfreuen sich die Forstunternehmen am unerschöpflichen Rohstoff Holz, die Jäger an Revieren mit gesunden Wildbeständen und Erholungssuchende an einem Rückzugsort fernab von Stadtrummel und Lärm. Durch das Bevölkerungswachstum kommen sich die unterschiedlichen Nutzer jedoch vermehrt in die Quere.

## **11.2 Wir fordern**

- Die Selbstversorgung der Schweiz mit qualitativ hochstehenden Nahrungsmitteln muss in einem möglichst hohen Grad angestrebt werden, damit die Bevölkerung auch in Krisenzeiten versorgt werden kann. Deshalb gehört die produzierende Landwirtschaft gefördert und die verbleibende landwirtschaftliche Nutzfläche geschützt. Zudem betreibt die Schweiz eigenständige Forschung im Agrarbereich zugunsten der inländischen Landwirtschaft.
- Der Strukturwandel soll im sozialverträglichen Rahmen erfolgen. Die bäuerlichen Familienbetriebe sollen unter zeitgemässen Arbeitsbedingungen ein angemessenes Einkommen erzielen können. Der Kanton unterstützt Landwirtinnen und Landwirte weiterhin mit Beratungen und Investitionshilfen bei der Betriebsübernahme,

Betriebsausrichtung oder bei Betriebsaufgabe.

- Leistungen, welche für die Allgemeinheit erbracht werden, müssen abgegolten werden. Allerdings soll der Forderungskatalog überschaubar und kontrollierbar bleiben. Die schleichende Zunahme von Bürokratie, Vorschriften und Auflagen gilt es zu bekämpfen.
- Die Produktionskosten sollen durch entsprechende Verkaufspreise gedeckt werden. Produkte, welche nicht nach schweizerischen Standards produziert wurden, sind am Markt zu benachteiligen.
- Es sind tiefere Hürden für die Direktvermarktung oder Hofgastronomie und die Möglichkeit zur Umnutzung von landwirtschaftlichen Bauten, etwa für den Agrotourismus, anzustreben.
- Landwirtschaftliche Betriebe investieren für einen grösseren Zeithorizont als für vier Jahre einer Legislaturperiode. In der Agrarpolitik ist deshalb die Kontinuität zu wahren, anstatt mit radikalen Forderungen die Unsicherheit zu schüren.
- Eine ausgewogene Forst- und Wildnutzung ist unverzichtbar für ein gesundes Waldökosystem und verbessert unsere Sicherheit im waldnahen Strassenverkehr und auf Waldwegen. Wir trauen den Profis diese Aufgabe zu und lehnen ideologisch geprägte Forderungen zur Jagd und Forstwirtschaft ab.

## **12 Familie und Gesellschaft**

### **12.1 Wir stellen fest**

- Die Strukturen und Modelle von Familien werden zunehmend unterschiedlicher, so sind auch deren Bedürfnisse ganz unterschiedlich. Für Doppelverdiener Ehepaare sind Möglichkeiten zur externen Kinderbetreuung ein wichtiges Anliegen. Gleichzeitig fühlen sich Familien im traditionellen Familienmodell zunehmend vernachlässigt und diskriminiert, da Teile von Politik und Gesellschaft kritisch auf diese persönliche Entscheidung blicken.
- Selbst Doppelverdiener - Familien im Hochlohnsegment schreien nach staatlich finanzierter Kinderbetreuung, obwohl sie nicht annähernd auf diese Form der Unterstützung angewiesen sind.
- Erfreulicherweise stellen die Ausgaben für Mieten einen stetig schrumpfenden Teil an den Ausgaben der Bevölkerung dar. Dennoch werden diese durch die Politik verteuert: Viel zu langwierige und komplizierte Verfahren bei Baugesuchen und bürokratische und teure Auflagen verteuern schlussendlich die Mieten zu Ungunsten der Bevölkerung. Neuste Studien zeigen: Würde die Politik private Unternehmen gleichbehandeln wie Genossenschaften oder den staatlichen Wohnbau, dann wären die Mieten auf ähnlich tiefem Niveau – ganz ohne Subventionen oder anderen Erleichterungen.
- Derzeit werden zu wenige Wohnungen gebaut, bei anhaltend hoher Zuwanderung ist ein Mangel an Wohnungen absehbar. Hauptgründe für die geringe Bautätigkeit sind Einsparungen, Bürokratie und Auflagen sowie Lärmschutzvorschriften. Die Verpolitisierung des Wohnungsbaus und die damit verbundene Rechtsunsicherheit macht das Bauen zusätzlich unattraktiv.



- Verheiratete werden steuerlich immer noch benachteiligt.
- Bei staatlichen und staatlich finanzierten Institutionen stellen wir regelmässig fehlende politische Neutralität fest. Solche Zustände haben überall auf der Welt immer wieder in die dunkelsten Zeitalter geführt und sind sehr gefährlich für unsere Demokratie.
- Religion ist Privatsache! Wo Staat und Religion vermischt werden, besteht stets Gefahr für alle, die in Freiheit leben wollen. Dennoch versuchen verschiedene religiöse Gruppen immer wieder, auch anderen Menschen vorzuschreiben, wie sie zu leben haben und stellen teilweise ihre religiösen Überzeugungen sogar über Gesetz und Verfassung.
- Allerlei Gruppen mischen sich in das Leben ihrer Mitmenschen ein und wollen ihnen vorschreiben, wie diese zu leben haben. Dies beginnt bei dem persönlichen Erscheinungsbild und geht über Ernährung und Freizeitgestaltung bis hin zur freien Meinungsäusserung.

## **12.2 Wir fordern**

- Die Wahl des Familienmodells ist eine persönliche Wahl, die jede Familie für sich treffen muss. Der Staat soll kein Familienmodell bevorzugen oder benachteiligen.
- Externe Kinderbetreuung soll für jede Familie zugänglich sein – dabei lässt es sich nicht vermeiden, dass der Staat Familien unterstützen muss. Diese Unterstützung soll sich auf jene Familien beschränken, welche diese nötig haben. Gutverdienende Doppelverdiener⊗Ehepaare haben definitiv keinen Anspruch auf derartige Unterstützung.
- Der Wohnbaupolitik ist effizienter zu gestalten. Bürokratie und Auflagen sind zu minimieren. Verfahren und Fristen für Baugesuche sind kürzer zu gestalten, sodass die Zeit von Projektierung bis Fertigstellung von Bauprojekten verkürzt werden kann.
- Die Ansprüche an ein zeitgemässes Wohnen – auch im Bereich der Energieeffizienz (Dämmung, Wärmepumpe, etc.) - sind gegenüber den Ansprüchen von Ortsbild- und Denkmalpflege den Vorrang zu geben.
- Verheiratete sollen steuerlich nicht mehr benachteiligt sein – unabhängig vom gewählten Familienmodell.
- Wir setzen uns für die Gleichberechtigung aller Menschen ein. Das Gesetz soll nicht zwischen den Geschlechtern unterscheiden.
- Die politische Neutralität innerhalb von staatlichen Institutionen muss zwingend gewährleistet werden. Verletzungen der politischen Neutralität müssen konsequent geahndet werden.
- Staatlich finanzierten Institutionen, welche sich politisch nicht neutral verhalten, werden die Gelder gestrichen.
- Das Gesetz und die Verfassung stehen jederzeit und überall über der Religion. Religiöse Gruppen haben die individuelle Freiheit eines jeden einzelnen zu respektieren, auch wenn deren Entscheidungen nicht mit ihrer Religion vereinbar sind.

- Der Staat verteidigt die individuelle Freiheit, statt diese zu beschränken. Entscheidungen wie das Erscheinungsbild, die Ernährung, Freizeitgestaltung und freie Meinungsäußerung sind freie Entscheidungen des Individuums